

einigkeit

Das Magazin der **NGG**

1990

2020

30 JAHRE

EINE NGG

Die Lohnmauer fällt!

einigkeit*

***... heißt, Mauern gemeinsam einzureißen!**



Foto: Uwe Völkner / Fotoagentur FOX

Kämpfen lohnt sich

2020 ist ein Jahr, das wir nicht vergessen werden! In vielerlei Hinsicht. Im Oktober jährt sich der Tag der Deutschen Einheit zum 30. Mal. Für unsere Gewerkschaft bedeutet das: ein langer Kampf der vereinigten NGG für bessere Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland. 2020 sind wir unserem Ziel, auch die Lohnmauer zwischen Ost und West einzureißen, ein bedeutendes Stück näher gekommen. Mehr dazu in unserem Titelthema, ab **Seite 6**.

Unser Branchenthema steht im Zeichen der ostdeutschen Lebensmittelindustrie, **ab Seite 22**. Während sich Ostmarken in ganz Deutschland zunehmender Beliebtheit erfreuen, sind die Arbeitsbedingungen vor Ort oft nicht akzeptabel.

Mehr als 100 Warnstreiks sprechen eine deutliche Sprache. Die Kolleginnen und Kollegen lassen sich nicht mehr abspeisen. Tarifverträge müssen wir uns erstreiten. Auch, wenn einige Arbeitgeber sich die Augen reiben: Wir sind kampfbereit, **Seite 16**.

Vor allem aber hat das Coronavirus das Leben in diesem Jahr auf allen Ebenen verändert. Das berührt uns persönlich und unsere Familien. Die Belastungen für viele Unternehmen sind trotz aller staatlichen Stützungsmaßnahmen nach wie vor erheblich. Die Situation im Gastgewerbe kann hier als ein Beispiel gelten, **Seite 21**.

Doch auch bedeutsame Erfolge gehören in die Bilanz: Bei unserem langen Kampf für das Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischwirtschaft haben wir einen Meilenstein erreicht. Am 10. September wurde dazu endlich ein Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht! Ab **Seite 12**.

All das zeigt, dass es sich lohnt, für unsere Rechte einzutreten. Immer wieder.

Claudia Tiedge

Stellvertretende Vorsitzende der NGG



Foto: NGG



Foto: Jens Barkschat

6 FOKUS | POLITIK

30 Jahre eine NGG: Der 3. Oktober ist nicht nur Anlass zum Feiern. Bis heute werden in Ost und West nicht annähernd gleiche Löhne bezahlt. Jetzt lassen sich die Beschäftigten nicht mehr abspeisen. Die Lohnmauer wird fallen.

18 MENSCHEN | PORTRÄT

Berufstätig vor und nach 1990: Karola Schulze aus Sachsen-Anhalt ist eine engagierte Umdenkerin.

FOKUS | POLITIK

6 Die Lohnmauer fällt!

Eine Streikwelle rollt durch die ostdeutsche Ernährungsindustrie. Die Zeichen stehen auf Wandel in einem Jahr, in dem sich der Zusammenschluss der NGG zum 30. Mal jährt

NGG AKTIV

12 Fleischwirtschaft

Das Coronavirus wird zum Chancengeber

15 jungeNGG

500 Millionen Euro Hilfe bringen mehr Sicherheit für die Ausbildung

NGG AKTIV

16 Im Dauereinsatz

Mehr als 100 Streiks in drei Monaten

17 Gleichstellung

Zur Nachahmung empfohlen: eg-Check bei der Eventagentur PACE in Berlin

Meldungen

20 Wir lassen nicht locker!

Werbeaktion jungeNGG

32 Sieg der Solidarität

MENSCHEN

18 Porträt

Immer wieder umdenken: Karola Schulze musste nach der Wende manche Veränderung meistern

26 Jubilare

Wir gratulieren!



Foto: Nordbrand Nordhausen, Nordhausen am Harz



Foto: Kai Uwe Knoth

22 BRANCHE

Neue Liebe zu Ostmarken:
Doch die Arbeitsbedingungen sind oft nicht akzeptabel.

28 NGG VOR ORT

Weite Flächen, lange Küsten: In Mecklenburg-Vorpommern arbeitet das Team um Jörg Dahms (2. v. l.) an drei Standorten für die Mitglieder aus Tourismus und Ernährungswirtschaft.

BRANCHE

21 Gastgewerbe
Kampf ums Überleben

22 Gute Arbeitgeber gesucht
Die Lebensmittelindustrie ist in den ostdeutschen Ländern eine der wichtigsten Branchen

NGG VOR ORT

28 Region Mecklenburg-Vorpommern
Auf das Netzwerk der Ehrenamtlichen ist Verlass

KURZ NOTIERT

34 Rechtstipps

34 Ausblick

35 Impressum

KOPF UND BAUCH

33 Vorlesen – Nachlesen – Weiterlesen
Buchtipps
Euer Feedback



„einigkeit“ online

Das Magazin der NGG digital in der App lesen.
Hier gibt es weitere interessante Features:
Bildergalerien, Videos und weiterführende Berichte.

Die Lohnmauer fällt!

► Im Herbst jährt sich der Tag der Deutschen Einheit zum 30. Mal. Aber bis heute werden in Ost und West nicht annähernd gleiche Löhne bezahlt. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland kämpft die NGG dafür, dass nun auch die Lohnmauer endlich fällt. Sie bröckelt schon gewaltig.

Seit Monaten rollt eine Streikwelle durch die ostdeutsche Ernährungsindustrie. Die Menschen haben es satt, immer noch teilweise bis zu 1150 Euro pro Monat weniger zu verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen in Westdeutschland. Für viele ist es der erste Streik. „Die Zeit ist reif für Veränderung!“ Uwe Ledwig, Vorsitzender des Landesbezirks Ost der NGG, ist sich sicher:

Die Zeichen in den ostdeutschen Bundesländern stehen auf Wandel. Erste Erfolge gab es 2017, als sich die NGG nach drei langen Tarifrunden mit dem Milchindustrieverband (MIV) einigen konnte. Schrittweise stiegen seitdem die Löhne für rund 1700 Beschäftigte um etwa 20 Prozent. Im März 2020 wurde ein Abschluss in der ostdeutschen Süßwarenindustrie erreicht.

19
20
30 JA
EINE



In den vergangenen drei Jahrzehnten ist beim Aufbau der ostdeutschen Länder viel geschafft worden. Die Lohnunterschiede blieben bestehen. Jetzt wird die Lohnmauer endlich fallen. Warnstreiks wie hier in Weißenfels im August 2020 zeigen erste Erfolge. Es lohnt sich zu kämpfen!



90
20
JAHRE
NGG

2020: Der ehemalige Erste Vorsitzende der NGG der DDR Rainer Kuschewski (links) und sein Stellvertreter Harald Wiedenhofer treffen sich erstmals seit 30 Jahren wieder in Köln zum Gespräch mit der „einigkeit“.

„Wir haben noch einiges zu tun! Die Lohnlücke in der Ernährungsindustrie ist enorm, aber inzwischen lassen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr abspeisen. Ein Umzug in den Westen ist für viele Junge, denen die Krisenerfahrung der Nachwendezeit fehlt, keine Alternative mehr. Hier gilt es, die Bedingungen zu verbessern. Der Zug ist ins Rollen gekommen, da ist ein neues Bewusstsein entstanden“, so Uwe Ledwig.

Keine billige Werkbank

Offensichtlich: Zum Beispiel bei den Beschäftigten der Mitteldeutschen Erfrischungstränke (MEG) in Weißenfels bei Leipzig. MEG ist eine Tochter der Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) mit deutschlandweit 1500 Beschäftigten an acht Standorten. In Sachsen-Anhalt (Leißling, Jessen, Roßbach) füllen mehr als 600 Beschäftigte Erfrischungsgetränke ab. Bei der MEG bekam eine Facharbeiterin oder ein Fachar-

beiter bei gleicher Tätigkeit im Osten rund 900 Euro weniger pro Monat als Beschäftigte im saarländischen Kirkel. Mitte August legten die Kolleginnen und Kollegen in Leißling für 80 Stunden die Arbeit nieder. Ein Warnstreik, den auch Guido Zeitler vor Ort unterstützte: „Das Billiglohnland Ost wird abgeschafft!“ Lidl und Co. müssten begreifen, dass Ostdeutschland nicht länger die billige Werkbank des Westens sei. „Selbstbewusst und mutig reißen die Beschäftigten die Lohnmauer ein. Gleicher Lohn in Ost und West: Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein gesellschaftlicher Auftrag: So lange im Osten fast flächendeckend deutlich weniger verdient wird, bleibt die Mauer in den Köpfen bestehen“, so der NGG-Vorsitzende.

Lohnmauern einreißen

Der Warnstreik bei MEG reiht sich in eine Vielzahl von eindrucksvollen Arbeitskämpfen in der ostdeutschen Ernährungsindustrie in der jüngsten Zeit ein. ➤



1990: Am 24. Juni 1990 gratulierte Heinz-Günther Niebrügge dem neugewählten Vorstand der NGG der DDR, Renate Symanzik (li.), Rainer Kuschewski (2. v. r.) sowie Harald Wiedenhofer (r.).

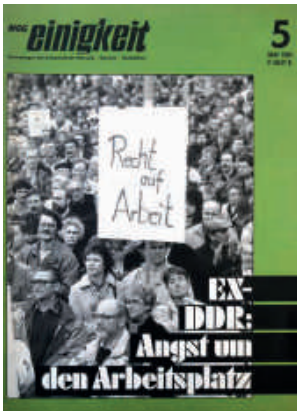
Erste Vorsitzende

RAINER KUSCHEWSKI

Der gelernte Koch Rainer Kuschewski – zuvor Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der HNG – wurde am 24. März 1990 in Bernau bei Berlin mit 93 Prozent der Stimmen zum 1. Vorsitzenden der NGG der DDR gewählt. Nach der Vereinigung der beiden Gewerkschaften wechselte Kuschewski zur Gewerkschaft HBV. Bis 2016 war er in verschiedenen Positionen bei ver.di tätig.

HARALD WIEDENHOFER

Harald Wiedenhofer war bis 1990 Vorstandssekretär der NGG West. Dann wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der NGG der DDR gewählt. Wiedenhofer wechselte Anfang der 1990er Jahre zur Europäischen Föderation der Gewerkschaften des Lebens-, Genussmittel-, Landwirtschafts- und Tourismussektors (EFFAT), deren Generalsekretär er bis 2019 war.



1991: Kurz nach der Wiedervereinigung wich der Jubel in der Ex-DDR nackter Existenzangst.



1991: Hunderttausende gingen im Frühjahr 1991 auf die Straße, um gegen die dramatische Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu protestieren.



1993: Detlef Scheunert (2. v. r.) war als einziger Ostdeutscher in der Führungsriege der Treuhandanstalt. 1991 wurde er einer der Direktoren.

Die NGG kündigte 2019 in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Tarifverträge. Seitdem wurden die Tarifverhandlungen in der Ernährungsindustrie Ost von Warnstreiks begleitet. Der Schock der 1990er Jahre, die von massivem Jobabbau und Abwanderung geprägt waren, ist einer neuen Kampfeslust gewichen. Mittlerweile ist die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen groß. Allein das Tarifgebiet Sachsen umfasst mehr als 1300 Menschen in einem Dutzend Betrieben wie Bautz'ner Senf, Jägermeister in Kamenz, die Lausitzer Fruchteverarbeitung in Sohland, Sonnländer Getränke in Rötha, das Öl-Werk Cargill in Riesa – oder der Tiefkühlhersteller Frosta im sächsischen Lommatzsch. Hier schrieben die Beschäftigten Mitte Januar Geschichte: Ihre Arbeitsniederlegung war der erste Streik in dem Tarifgebiet der sächsischen Ernährungsindustrie seit 1990.

Es bröckelt allerorten

In Sachsen-Anhalt gelang im Juli 2020 bei der Firma Homann (Feinkost) in Rogätz der erste Tarifabschluss. Anfang August bröckelt endlich auch in Sachsen die Lohnmauer. Ein erster Tarifabschluss sieht für einige Unternehmen, darunter auch Frosta, deutliche Lohnsteigerungen von bis zu 18 Prozent bis zum September 2022 vor. Das sind 300 Euro bis 400 Euro monatlich mehr im Portemonnaie. „Das ist der Einstieg in die dringende Angleichung

der Löhne zwischen Ost und West. Es geht hier um Gerechtigkeit und um die Abschaffung von Armutslöhnen. Der Anfang ist gemacht, nun müssen weitere Betriebe folgen“, so der Verhandlungsführer der NGG Olaf Klenke. „Die Kolleginnen und Kollegen sind die Schrittmacher in den Betrieben. Sie haben sich auf den Weg gemacht und wachsen richtig zusammen – ein neuer Zusammenhalt, der was bewegt und sich auch in den Mitgliederzahlen ausdrückt.“

Am Unilever-Standort Auerbach (Knorr) wird deutlich, was sich noch verändert hat: Die Warnstreiks sind nicht länger nur eine ostdeutsche Angelegenheit: Unilever-Konzernbetriebsrat Hermann Soggeberg in einer Solidaritätsbotschaft: „Aus Sicht des Unilever-Konzernbetriebsrates ist es unerträglich, dass es noch immer keine Lohnangleichung an des Westniveau gibt. Wir stehen geschlossen an Eurer Seite!“ Am 9. September ist endlich ein Abschluss gelungen: Bis September 2022 steigen die Tariflöhne am Standort Auerbach um 22 Prozent. Auch bei Frosta in Bremerhaven hatte man sich zuvor mit den Streikenden in Lommatzsch solidarisiert. Standorte lassen sich offenbar nicht mehr einfach gegeneinander ausspielen. Endlich ist die Überwindung der Lohnmauer eine gesamtdeutsche Forderung. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung und 30 Jahre nach dem Zusammenschluss der NGG.

Ein Blick 30 Jahre zurück

1990 – im Jahr ihres 125-jährigen Bestehens – schlug auch die NGG ein neues Kapitel in ihrer Geschichte auf: Vom 1. Dezember an gab es eine NGG für ganz Deutschland. Mehr als 400.000 Mitglieder hatte die vereinigte Gewerkschaft damals, allein 100.000 waren aus der NGG der DDR hinzugekommen. Den Wiedervereinigungsprozess haben drei Menschen maßgeblich geprägt: Der erste Vorsitzende der NGG der DDR Rainer Kuschewski sowie seine Stellvertreter Renate Symanzik und Harald Wiedenhofer. Hinter ihnen lag ein ereignisreiches Jahr, in dem die Politik, nicht zuletzt durch die Wirtschafts- und Währungsunion, die Einigung rasant vorantrieb.

Nach 1945 war der Wirkungsbereich der NGG zunächst auf die Bundesrepublik beschränkt. Während sie hier gemeinsam mit den unter dem Dach des DGB organisierten Gewerkschaften über Tarifabschlüsse, Mitbestimmungsstrukturen und Streikverhalten die Lebens- und Arbeitsbedingungen prägten, waren die Verhältnisse in der DDR andere: Das Pendant zur NGG war in der DDR die Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuss HNG, ein weiterer Teil der Ernährungsindustrie gehörte zur Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst (GLNF). Wie andere

19
20
30 JA
EINE



2017: Am 19. Juni demonstrierten Beschäftigte von Kühne, Emsland-Stärke, Nestlé und Dr. Oetker in Wittenburg (Mecklenburg-Vorpommern) für höhere Löhne.



2017: Mit einem Warnstreik am 10. August beim DMK-Werk Erfurt, in Thüringen, wurde ein starkes Lohnplus erkämpft.



2020: Der NGG-Vorsitzende Guido Zeitler motivierte am 19. August die Beschäftigten der MEG Leißling in Sachsen-Anhalt.

90 20 JAHRE NGG

Einzelgewerkschaften auch wurden HNG und GLNF als Teil des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) politisch instrumentalisiert. Weit mehr als neun Millionen Mitglieder gehörten dem FDGB bis zu seiner Auflösung 1990 an. Im Einigungsjahr weiteten die DGB-Gewerkschaften schließlich ihre Organisationsstrukturen auf die fünf neuen Bundesländer aus. Die HNG löste sich am 23. Juni 1990 auf.

Start ohne Hypotheken: NGG der DDR

„Wir hatten keine Mitglieder, keine Büros, keine Verwaltungsangestellten, keine Einnahmen“, erinnert sich Harald Wiedenhofer an den Neuanfang, nachdem am 24. Juni 1990 in Bernau bei Berlin die NGG der DDR gegründet wurde. Er war zum stellvertretenden Vorsitzenden der neuen Gewerkschaft gewählt worden und mit dem Aufbau der Organisation betraut. „Wir wollten ganz bewusst den Bruch – keine Hypotheken! Aus meiner Sicht ist der Zusammenschluss der NGG eine wirkliche Erfolgsgeschichte: In den 150 Tagen bis zum 1. Dezember 1990 haben wir weit mehr als 100.000 Mitglieder neu gewonnen und an die 140 Tarifverträge abgeschlossen.“

Rainer Kuschewski erinnert sich an die Mammutaufgabe, die vor ihnen lag: „Wir

haben unseren Job gemacht – einen ziemlich verrückten Job. Auf unserem Zettel stand nichts weniger als der Aufbau arbeitsfähiger gewerkschaftlicher Strukturen. Auch Tarifverträge waren Neuland für uns. Wir hatten wenig Erfahrung und mussten auch erstmal Überzeugungsarbeit in den Betrieben leisten, damit überhaupt Betriebsräte gewählt wurden. Das ist uns am Ende gelungen.“

Lohnangleichung, Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung der Arbeitsplätze, Kündigungsschutz, aber auch die zum Teil besseren Sozial- und Arbeitsgesetze der DDR wollte man nicht „den Bach runter gehen“ lassen, erinnert sich Wiedenhofer. Der Aufbau Ost sollte kein Nachbau West werden.

„Wir wollten das Beste aus zwei Welten – das hat in der Rückschau nicht geklappt. Man hat wenig übernommen. Der Druck ist am Ende zu groß geworden.“

Keine Zeit verlieren: Vereinigung im Schnelldurchlauf

Druck hatten nicht zuletzt die Ergebnisse der Volkskammerwahlen im März 1990 erzeugt. Die Bürger der DDR entschieden sich mehrheitlich für eine konservative Koalition unter Führung von Lothar de Maizière (CDU). Ein Votum, das die Weichen für eine schnelle Wirtschafts- und Währungsunion und einen Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes stellte. ➤

Treuhandanstalt

Am 1. März 1990 beschloss der Ministerrat der DDR die Gründung der „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ (THA). Am 3. Oktober wurde sie der Aufsicht des Bundesfinanzministers unterstellt. Ihr gehörten alle 8400 Volkseigenen Betriebe (VEB) der DDR.

Aufgabe der Treuhand war es, sie zu privatisieren. Die Treuhand war zeitweise der größte Arbeitgeber der Welt, verantwortlich für vier Millionen Beschäftigte. 1994 erklärte sie ihre Aufgabe für erfüllt: Da waren etwa 2,5 Millionen Arbeitsplätze in Ostdeutschland verschwunden, 4000 Unternehmen liquidiert und 250 Milliarden D-Mark Schulden aufgelaufen.

► Keiner kann heute sagen, wie lange das Fenster für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch offen gestanden hätte. Sicher ist nur, dass sie in einem günstigen Moment brachial durchgezogen wurde. Von Anfang an waren die Dominanz und Überlegenheit des Westens zu spüren.

Angesichts ehrgeiziger Versprechungen der Politik an die Bürger der DDR wurde von der am 1. März 1990 gegründeten Treuhand erwartet, mit der Privatisierung keine Zeit mehr zu verlieren. Denn bei Inkrafttreten der Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 war die Industrieproduktion der DDR gegenüber dem Vormonat um 35 Prozent und im August nochmals um 15 Prozent gesunken. Die NGG der DDR stand damit von Beginn an vor enormen Herausforderungen: Noch bevor die Strukturen geschaffen waren, traten die westdeutschen Arbeits- und Sozialgesetze in Kraft.

Kritik an der Treuhand

Kuschewski und Wiedenhofer leisteten in kürzester Zeit erfolgreiche Aufbauarbeit und wurden dennoch Zeugen des Niedergangs weiter Teile der ostdeutschen Lebensmittelindustrie. „Das war ein brutaler, neoliberaler Akt. Natürlich waren zum einen die Bedingungen in den Betrieben schlimmer als gedacht. Zum anderen brach die Nachfrage nach Ostprodukten von heute auf morgen ein. Wir hätten stärker deutlich machen müssen, dass der Run auf die Westprodukte die Arbeitsplätze im Osten vernichtet“, so Kuschewski. „Es gab hohe Erwartung an das, was Gewerkschaften leisten können. Unter der Enttäuschung, die darauf folgte, leiden wir bis heute.“

Am Ende erfüllten sich die schlimmsten Vorhersagen warnender Ökonomen – und Gewerkschafter. Ostdeutschland erlebte eine Welle der Entlassungen, massenhafte Abwanderungen und die Übernahme der Reste der DDR-Wirtschaft durch Investoren aus dem Westen. Bis heute ist vor allem die Kritik an der Arbeit der Treuhandanstalt nicht verstummt. Detlef Scheunert war als



Foto: Tino Plunert

Der Lohnzug ist nicht mehr zu stoppen: Kundgebung der Beschäftigten der sächsischen Ernährungswirtschaft am 17. Juni 2020 in Dresden.

einzigem Ostdeutscher in der Führungsriege der Institution. Mit gerade einmal 30 Jahren wurde der frühere Funktionär eines DDR-Ministeriums zunächst Vorstandsassistent und schließlich 1991 zum Direktor bestellt. Der junge Sachse war zuständig für 110 Unternehmen, 77.000 Beschäftigte aus den Bereichen Glas, Keramik und Feintechnik.

„In der Führungsspitze war die Treuhand eine rein westdeutsche Veranstaltung“, erinnert er sich. „Dort, wo gute Orts- und Branchenkenntnisse nötig waren, arbeiteten allerdings zu 95 Prozent ehemalige DDR-Bürger. Die Ermordung des damaligen Treuhandpräsidenten Detlef Rohwedder im April 1991 war für Scheunert auch persönlich ein Schock: „Das hat mich sehr erschüttert – und frustriert in Hinblick auf das neue Deutschland. Die alten Eliten hatten sich entwertet – ich war als junger Mensch auf der Suche nach Orientierung, da hat mich Rohwedder schon beeindruckt. Er war einer, der daran dachte, dass zu der Zeit die Würde der Menschen in Ostdeutschland zu oft mit Füßen getreten wurde. Sein Credo war, be-

hutsam zu liquidieren, konsequent und schnell zu privatisieren und umsichtig zu sanieren. Seine Nachfolgerin Birgit Breuel war als politisch Konservative konsequent auf Privatisierung ausgerichtet.“

Am Ende bleibt ein Schmerz

Auch Scheunert berichtet von dem Druck, der nach dem 1. Juli 1990 auf den Betrieben in Ostdeutschland lastete. Mit der Einführung der D-Mark explodierten die Kosten, Absatzmärkte waren weggebrochen, technologisch und in der Produktivität konnten viele Unternehmen nicht konkurrieren.

Der Schock saß tief, Wut und Aggression, vor allem gegen die Manager der Treuhand waren enorm. Für die Menschen in Ostdeutschland hatte sich das Leben gedreht. Arbeitsplätze, Wohnungen, soziale Gefüge gingen verloren. Detlef Scheunert erlebte, wie Ost und West nicht selten wie „Feuer und Wasser“ bei den Privatisierungsverhandlungen aufeinanderprallten. „Die Menschen

19
20
30 JA
EINE

in Ostdeutschland haben die Konsequenzen der Vereinigung ertragen. Die herrschende Meinung war – und ist in Teilen bis heute – ‚da kommen die Treuhänder und machen alles platt‘. Wenn jetzt die Akten zugänglich sind, wird man sehen, was uns wirklich möglich war. Aber der große Schmerz der Menschen bleibt unbenommen. Mich wundert es bis heute, dass im Westen von diesem erduldeten Transformationsprozess so wenig angekommen ist.“

Lockmittel Subventionen

Die vereinigte NGG hatte 1991 mehr als 430.000 Mitglieder. Ein beträchtlicher Zuwachs, der jedoch nicht nachhaltig war und bis 2007 kontinuierlich sank. Während die Arbeitslosigkeit im Westen um zehn Prozent abgenommen hatte, stieg sie im Osten um 137 Prozent! In der Folge verließen mehr als eine Million Menschen die neuen Bundesländer. Allein in den NGG-Branchen waren dort fast 36.000 Menschen weniger beschäftigt.

Vordringliches Ziel der NGG war damals schlichtweg der Erhalt von Arbeitsplätzen. Tarifpolitisch gerieten die Gewerkschaften in den 1990er Jahren in die Defensive: Flächentarifverträge wurden durch Haustarife ersetzt, auch die Verringerung der Arbeitszeit kam nicht voran. 1995 schließlich gelang in der ostdeutschen Süßwarenindustrie erstmals eine Einigung, die die schrittweise Anhebung der Löhne auf Westniveau bis 1998 vorsah.

Das geringere Lohnniveau sowie Subventionen für den Aufbau Ost lockten in den vergangenen drei Jahrzehnten immer wieder auch traditionsreiche Westunternehmen in die ostdeutschen Bundesländer. Im März 2000 kündigte beispielsweise der Zwieback-Hersteller Brandt aus Hagen in Westfalen an, bis zum Jahr 2002 ins thüringische Ohrdruf umzuziehen. Die Belegschaft reagierte mit unbefristeten Streiks, die der NGG im Verlauf der Proteste arbeitsgerichtlich untersagt wurden. „Wer will, kann mitgehen nach Thüringen“, hatte Firmeninhaber Carl-Jürgen Brandt der Belegschaft angeboten. Doch in Thüringen entstanden nur 80 neue Arbeitsplätze, während in Hagen

400 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt waren. Fast 50 Millionen DM Fördermittel kassierte Brandt damals für den Umzug.

Der Dax ist im Westen zuhause

Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung werden in Ost und West noch immer nicht annähernd gleiche Löhne gezahlt. Beschäftigte im Osten bekommen bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit durchschnittlich fast 17 Prozent weniger Gehalt, wie eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung belegt. Zudem gilt in weiten Teilen Ostdeutschlands die 40-Stunden-Woche. Auch auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld müssen viele verzichten. Mehr Arbeit für weniger Geld. Grund dafür ist neben der deutlich geringeren Tarifbindung in Ostdeutschland (45 Prozent im Durchschnitt, 39 Prozent aller Beschäftigten in Sachsen) die Tatsache, dass es im Osten weniger Jobs für Hochbezahlte gibt: Nur zwei der 30 Dax-Unternehmen haben hier ihren Sitz.

Zwar gibt es Produktionsstandorte großer Konzerne, doch die besser bezahlten Chefposten bleiben im Westen, ebenso wie innovative Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Hinzu kommen der Fachkräftemangel und die Tatsache, dass überdurchschnittlich viele Menschen in Ostdeutschland in gering bezahlten Jobs tätig sind.

Der Zug ist nicht zu stoppen

„Wir wollen endlich eine angemessene Entgelterhöhung als Zeichen der Wertschätzung für unsere Arbeit!“ – steht auf einem der zahlreichen Plakate, die die Streikenden in Leißling und anderswo mit vor die Tore der Lebensmittelbetriebe nehmen. Ein neues Selbstbewusstsein spricht daraus, das sich nicht mehr aufhalten lässt. Viele von ihnen wissen die Kolleginnen und Kollegen im Westen hinter sich. Endlich ein gutes Stück Wiedervereinigung in Sachen Solidarität. Der Aufbruch Ost ist da. Er geht uns alle an! ◀

90
20
JAHRE
NGG



Foto: Tino Plunert

Am 17. Juni 2020, dem Jahrestag des Arbeiteraufstandes 1953 in der DDR, forderten Beschäftigte der Ernährungswirtschaft Sachsen den Fall der Lohnmauer.






**Gesundheit
und Leben vor
Profit**

**Werkverträge
Leiharbeit
verbieten**


Nur Gemeinsam Geht's

Leiharbeit und Werkverträge
 verbieten! Das forderten auch die
 Teilnehmenden einer NGG-
 Demonstration in Weißenfels,
 einem Standort des Tönnies-Konzerns.

Fotos: Thomas Meinicke

Die Chance nutzen

► **Traurig, aber wahr. Es hat die Coronavirus-Pandemie und mit ihr zahlreiche Erkrankte und ganze Landkreise im kompletten Lockdown gebraucht, damit die schlimmen Zustände in der deutschen Fleischwirtschaft grundsätzlich angegangen werden. Das Virus wurde zum Chancengeber.**

Die bedrückenden Nachrichten über die heftigen Corona-Ausbrüche bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück und an anderen Schlachthöfen haben vielen die Augen geöffnet – und die Politik zum Handeln gedrängt. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil von der SPD oder auch Karl-Josef Laumann (CDU), Arbeits- und Gesundheitsminister in Nordrhein-Westfalen, scheinen entschlossen, skrupellosen Geschäftemachern in der Fleischbranche jetzt per Gesetz Fesseln anzulegen.

Endlich offene Ohren

Wichtigstes Element des geplanten Gesetzes ist das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen: Tönnies, Wiesenhof und Co. sollen wieder mit eigenen Beschäftigten schlachten, zerlegen und verarbeiten – eine alte Forderung der NGG, die in Corona-Zeiten endlich auf offene Ohren stößt. Jahrzehntlang haben die Fleischkonzerne über undurchsichtige Vertragskonstruktionen nicht nur die Arbeit, sondern auch jede Verantwortung bequem ausgelagert. Wurde in den Medien mal wieder über die Ausbeutung der in ihren Betrieben beschäftigten Menschen oder deren katastrophale Unterbringung in Abbruchhäusern berichtet, haben die Fleischkonzerne ihre Hände in Unschuld gewaschen: Schuld waren immer die anderen. Kam es zum Skandal, präsentierten sich die Fleischkonzerne gern als Opfer ihrer – selbst gewählten – dubiosen Geschäftspartner.



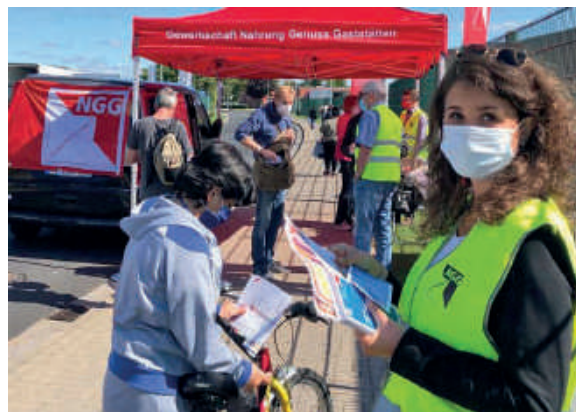
Keine Schlupflöcher! Guido Zeitler stellt auf einer Pressekonferenz dar, warum das neue Gesetz nicht verwässert werden darf.

Es wird alles getan, damit alles bleibt, wie es ist

Das geplante Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit soll diese „organisierte Verantwortungslosigkeit“, wie es Hubertus Heil nennt, unmöglich machen: Die Verantwortung für das, was auf dem eigenen Firmengelände passiert, sollen wieder die übernehmen müssen, die gutes Geld mit Fleisch und Wurst verdienen. Zehntausende, heute bei Subunternehmen beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, müssten wieder von den Fleischkonzernen direkt beschäftigt werden. Das wäre ein großer, ein wichtiger Schritt. Aber ob es so kommt? Längst hat die Fleischindustrie ihre hochbezahlten Lobbyisten losgeschickt. Es wird alles getan, damit alles bleibt, wie es ist. Das neue „Arbeitsschutzkontrollgesetz“ soll aufgeweicht werden, auf den letzten Metern sollen noch Schlupflöcher in den Gesetzestext eingebaut werden, bevor es erst der Bundestag, später der Bundesrat beschließt.

Die Chance nutzen

Die NGG bleibt am Ball und treibt die öffentliche Debatte, trägt mit vielen Aktionen Sorge, dass die Presse weiter berichtet, organisiert Demonstrationen und hat bisher weit mehr als 15.000 Werkvertragsbeschäftigte überall in Deutschland informiert. Nur so bleibt der Druck hoch. Und nur so kann die Chance auf eine bessere, fairere Fleischwirtschaft, genutzt werden. ◀



Fotos: NGG

„NGG-Aktionswochen Fleisch“: Im niedersächsischen Geestland und deutschlandweit werden Beschäftigte informiert.

DEIN PLUS! Exklusive Angebote für NGG-Mitglieder

Kennst Du schon die exklusiven Rabatte und Zusatzvorteile auf unserer Homepage?

Und das Beste:
Als NGG-Mitglied profitierst nicht nur Du davon, sondern Deine ganze Familie.

NGG-Mitglieder haben es einfach besser:
Online registrieren und Vorteile sichern!

www.deinplus.de

Anja N., Hotelfachfrau im dritten Lehrjahr:



„Beim Zahnarzt kann es ganz schön teuer werden! Aber mit der Zahnzusatzversicherung vom Münchener Verein fällt mein Eigenanteil jetzt viel geringer aus. Und dank DEIN PLUS! erhalte ich eine erstklassige Versorgung für meine Zähne zu einem günstigeren Tarif.“

Kostenlosen digitalen Newsletter
„PLUS-Post“ abonnieren und
immer auf dem Laufenden sein.
Oder sende eine E-Mail an:
mitgliedervorteil@deinplus.de



Mehr Sicherheit für Azubis

► jungeNGG hat – gemeinsam mit weiteren DGB-Gewerkschaften – die Politik zur Hilfe für Auszubildende aufgefordert, mit Erfolg. 500 Millionen Euro sollen sicherstellen, dass laufende Ausbildungen abgeschlossen und neue Ausbildungsplätze angeboten werden.

Die Coronavirus-Pandemie, die sich zur Wirtschaftskrise entwickelt hat, trifft auch die Auszubildenden. Wer nicht in einem Betrieb beschäftigt war, der durch die Krise erst einmal die Produktion sogar hochfahren musste, war bedroht von Kurzarbeit oder auch Betriebsschließungen. Die jungen Gewerkschafter sprachen deshalb ganz direkt Politiker an, um auf die Probleme der Auszubildenden hinzuweisen.

„Wir wollten klarstellen, dass die Azubis genauso unter Corona leiden wie die Arbeitnehmer und die Politiker die Probleme der Auszubildenden auf dem Schirm haben“, sagt Florian Urban. Der 22-jährige Bremer Elektroniker hat seine Ausbildung zwar schon erfolgreich hinter sich, weiß aber durch seine Arbeit als Jugend- und Auszubildendenvertreter, was Azubis derzeit umtreibt.

Politik soll handeln

Gemeinsam erarbeitete jungeNGG mit der DGB-Jugend einen Forderungskatalog, der unter anderem sicherstellen sollte, dass

- laufende Ausbildungsverhältnisse ordnungsgemäß abgeschlossen werden können,
- Kurzarbeit für Auszubildende durch andere Ausbildungsformate vermieden wird,
- die Unternehmen – trotz Krise – weiter ausbilden,
- neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden,
- Übernahmegarantien bestehen bleiben.

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurden in ganz Deutschland Bundestagsabgeordnete – bis auf die der AfD – kontaktiert. Daraus entwickelten sich viele Video- und Telefonkonferenzen mit Vertretern aller Fraktionen. In Bremen kamen jedoch nur Gespräche mit den Abgeordneten von SPD, Linken und Grünen zustande, berichtet Florian Urban. Umso erfreulicher fand er, dass seine Gesprächspartner gut informiert waren. „Auch wenn wir immer wieder auf den Unterschied zwischen einem Arbeits- und einem Auszubildendenvertrag hinweisen mussten, der eine andere Rechtsgrundlage hat.“

Aktion ist gelungen

Noch erfreulicher war, dass innerhalb kurzer Zeit die Bundesregierung tatsächlich den größten Teil der gewerkschaftlichen Forderungen in ihr Bundesprogramm „Arbeitsplätze sichern“ aufgenommen hat. Die Gesprächsaktion ist gelungen, findet Florian Urban. Und auch wenn es schon immer Kontakte zu Politikern gab, der direkte Austausch via Telefon- und Videokonferenzen sei eine Form, die sich ausbauen ließe – auch für andere Probleme, die jungeNGG noch auf ihrer Liste hat. ◀



Foto: privat

„Wir wollten klarstellen, dass die Azubis genauso unter Corona leiden.“

Florian Urban,
Jugend- und Auszubildendenvertreter

500 Millionen

Es stehen 500 Millionen Euro für die Unternehmen bereit, die zum Beispiel

- ihr Ausbildungsangebot gegenüber den Vorjahren erhalten oder sogar erhöhen,
- für ihre Azubis und deren Ausbilder kein Kurzarbeitergeld anmelden,
- Auszubildende aus Insolvenzunternehmen übernehmen.

Die Bundesmittel gibt es für Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten, die in anerkannten Ausbildungsberufen ausbilden und von der Coronavirus-Pandemie besonders betroffen sind.

Im Dauereinsatz

► Viel los ist immer, aber die Zahl der seit der durch die Coronavirus-Pandemie erzwungenen Pause durchgeführten Streiks ist rekordverdächtig. Landauf, landab machen NGG-Mitglieder wieder mächtig Druck – ein Einsatz, der sich auszahlt, auch im Portemonnaie. vielerorts wurden „trotz Corona“ gute Tarifabschlüsse erreicht.



Foto: NGG-Region Saar

Feuriger Einsatz: Wie die Beschäftigten bei Bäckerbub im saarländischen Bexbach haben sich nach der Corona-Pause bereits tausende NGG-Mitglieder engagiert für bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt.

Streiks, bunte Demonstrationen in den Innenstädten: Es vergeht kaum eine Woche, in der sich die Mitglieder der Gewerkschaft NGG nicht für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen einsetzen. Streiken und kämpfen, das ist sozusagen Teil der DNA von NGG. Doch dann kam das Virus: Bereits geplante Warnstreiks mussten gestrichen, Tarifverhandlungen auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Um nicht zur Verbreitung des Coronavirus beizutragen, hatte sich die NGG in den selbst auferlegten Lockdown begeben. Die NGG-Büros wurden für den Publikumsverkehr geschlossen, aber hinter geschlossenen Türen wurde mit Hochdruck gearbeitet, die rund 200.000 Mitglieder online und telefonisch beraten. Vor den Türen ging nichts: Von Anfang März bis Mitte Mai 2020 konnte kein einziger Streik durchgeführt werden.

Mehr als 100 Streiks in drei Monaten

Seit dem 20. Mai ist die NGG auch wieder sichtbar im Einsatz, im Streik-Dauereinsatz: Deutschlandweit wurden in nur drei Monaten mehr als 100 Streiks durchgeführt. Ob in kleinen Betrieben mit wenigen Beschäftigten oder bei Großkonzernen wie Danone oder Unilever;

ob nahe der Ostseeküste bei der Darguner Brauerei in Mecklenburg-Vorpommern oder im Süden in den Betrieben der bayerischen Brotindustrie; ob bei Zentis und anderen Betrieben der Obst- und Gemüseindustrie in Nordrhein-Westfalen, ob bei den Mineralbrunnen in

Baden-Württemberg oder beim Getränkehersteller in Sachsen-Anhalt: Überall in Deutschland sind in den vergangenen Wochen wieder mutige NGG-Mitglieder auf die Straße gegangen – mit Maske und Abstand, aber wild entschlossen.

Der Erfolg gibt Recht

Zahlreiche gute und einige außerordentliche Tarifabschlüsse wurden erreicht: In Sachsen-Anhalt haben die Beschäftigten der Mitteldeutschen Erfrischungsgetränke GmbH etwa ein Tarifplus von mehr als 30 Prozent erkämpft (siehe Seite 23). Solche Ergebnisse sind umso beachtlicher, als dass nicht wenige Arbeitgeber versuchen, Corona als Vorwand zu nutzen, um in Tarifverhandlungen noch stärker auf die Bremse zu treten. Und das, obwohl während der Coronavirus-Pandemie in vielen Betrieben der Lebensmittelproduktion unter Hochdruck gearbeitet wurde und nicht nur bei Fertigerichte-Produzenten Rekordumsätze eingefahren wurden. ◀

Mehr als
100
Streiks
in drei Monaten

Zur Nachahmung empfohlen

► Seit 2002 liegt der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleicher und gleichwertiger Arbeit konstant bei fast 21 Prozent. Die Berliner Eventagentur PACE Paparazzi Catering will das ändern und hat sich auf ein Projekt eingelassen, das Schule machen sollte.



Thomas Kohn

„So etwas kann man nur mit dem Arbeitgeber gemeinsam entwickeln, das war uns von Anfang an klar“, sagt Thomas Kohn, der PACE-Betriebsratsvorsitzende. Angestoßen durch die NGG-Initiative Lohngerechtigkeit beschloss der Berliner Betriebsrat gemeinsam mit der Personalleitung, externe Unterstützung durch das Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (Sowitra) ins Haus zu holen, um

endlich Schluss zu machen mit diskriminierenden Lohnunterschieden. „Unsere Ergebnisse konnten sich sehen lassen“, freut sich Kohn. „Viele Un- und Angelernte steigen zukünftig schneller in höhere Lohngruppen auf – das betrifft vor allem Frauen. Auftakt war eine Betriebsversammlung, dann haben wir als Betriebsrat während des gesamten Projektes die Kolleginnen und Kollegen kontinuierlich informiert. Ein spannender Prozess, zu dem ich andere Betriebsräte nur ermuntern kann. Und klar: Für Nachfragen oder Infos stehe ich immer gern zur Verfügung.“

Gemeinsam gegen Diskriminierung

Ein Interview mit Anja Noack, Personalleiterin bei PACE Paparazzi Catering

Was hat Sie bewogen, sich als Unternehmen an einem Projekt im Rahmen der NGG-Initiative Lohngerechtigkeit zu beteiligen?

Im Juni 2018 wurde uns im Rahmen des DGB-Beratungskonzepts „Zwischen Beruf und Familie passt kein Oder“ die Prüfung auf betriebliche Entgeltgleichheit mit dem eg-check vorgestellt und angeboten. Da das Thema diskriminierungsfreie Entlohnung für das gesamte Unternehmen einen hohen Stellenwert hat, haben wir uns dann für eine Überprüfung mit diesem Instrument entschlossen.

Wie sind Sie bei der Überprüfung der Verträge und der Eingruppierungen vorgegangen?

Wir haben Paar-Vergleiche durchgeführt. Dabei vergleicht man jeweils zwei bis drei Tätigkeiten aus vier verschiedenen Bewertungsgruppen, um zu überprüfen, ob die gleich eingruppierten und damit vergleichbar entlohnten Tätigkeiten auch in Bezug auf die Anforderungen und Belastungen gleichwertig sind.

Wie lief die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Betriebsrat?

Etwa alle vier Wochen haben Betriebsrat und Personalleitung zusammen mit der Sowitra die Arbeitssitzungen zu den Paar-Vergleichen durchgeführt. Die

Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe war wirklich sehr kooperativ: Was man schon daran sieht, dass wir immer häufiger und immer schneller zu einstimmigen Bewertungen gekommen sind.

Haben Sie Umgruppierungen vorgenommen oder welchen Einfluss haben die Ergebnisse?

Umgruppierungen mussten wir nicht vornehmen. Wir haben aber herausgefunden, dass die Tätigkeitsbeschreibungen in den Stellenbeschreibungen nicht umfassend sind. Künftig werden wir diese bei Stellenausschreibungen aktualisieren und die Anforderungen umfassender beschreiben. ◀

Der eg-Check...

... ist ein Instrument zur Prüfung von Tarifverträgen. Ziel ist es, dass für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleicher Lohn gezahlt wird. In der Praxis kann das heißen, dass die Küchenleiterin den gleichen oder sogar einen höheren Lohn erhält als der Werkstattleiter, weil sie höhere Verantwortung trägt, beispielsweise für Hygiene und Gesundheitsschutz.

www.eg-check.de

Engagierte Umdenkerin

► Karola Schulze aus Hohenmöls in Sachsen-Anhalt ist eine pragmatische Frau: Hands-on würde man neudeutsch sagen. Nach der Wiedervereinigung ist das Leben irgendwie nahtlos weitergegangen, findet sie. „Besser“ oder „schlechter“ sind dabei nicht die Maßstäbe, mit denen die gelernte Köchin auf die vergangenen 30 Jahre zurückblickt.

1967 geboren, war Karola Schulze bereits einige Jahre in der DDR berufstätig, bevor 1989 die Mauer fiel. „Ich war in der Kindergartenküche beschäftigt. Um 6 Uhr, bei Dienstbeginn, habe ich meine Tochter oben abgegeben. Man war flexibel, abgeholt wurde, wenn Feierabend war, ohne bestimmte Stundenkontingente oder Betreuungszeiten“, berichtet die heutige Anlagenbedienerin, die inzwischen bei ihren Enkelkindern Kinderbetreuung auch als Organisationsaufgabe erlebt. „Ich konnte mein Muttersein genauso leben, wie ich selber aufgewachsen bin. Bezahltes Babyjahr, Kinderbetreuung, Schule und so weiter. Irgendwie hat das funktioniert – ohne viel Bürokratie.“ Dann kam die Wende, Kindergärten wurden zu kommunalen Einrichtungen. Fortan musste eine Küche mehrere Kindergärten und Schulen versorgen. Die Hälfte des Personals wurde arbeitslos. Auch Karola Schulze. „Das war plötzlich noch eine neue Sache, mit der ich umgehen musste. Man hatte ja sowieso so viele Dinge zu regeln, um die man sich in der DDR nie kümmern musste: Von Krankenkasse bis Bank, Sparkasse oder Amt, alles war neu und anders. Aber das war bei mir schon immer so drin: Ich wollte arbeiten. Klar, dass man als Frau eigenes Geld verdient und zum Lebensunterhalt der Familie beiträgt. Luxus ohne Arbeit? Das war nie mein Anspruch!“

Plötzlich ohne Kinderbetreuung

Also drückt Karola Schulze noch einmal die Schulbank und absolviert eine zweite Ausbildung zur Immobilien-Fachangestellten. Jobs gäbe es – im entfernten Halle oder Leipzig. Doch inzwischen ist ihre Tochter zwölf und von einer Unterbringung im Hort kann unter den neuen Lebensbedingungen à la Westimport keine Rede mehr sein. Die Großeltern könnten einspringen, aber so hat sich Karola Schulze ihr Familienleben nun nicht vorgestellt. Also hieß es wieder Umdenken. 1999 gelang ihr der Einstieg bei MEG Leißling Mineralbrunnen

im nahen Weißenfels. Bei MEG produzieren an verschiedenen Standorten rund 1500 Menschen Mineralwasser und Erfrischungsgetränke für die Discounter der Schwarz-Gruppe: Lidl und Kaufland. Auch hier liegt das Lohnniveau noch unter dem im Westen.

Niemanden in die Gewerkschaft reden

Als NGG-Mitglied kämpft Karola Schulze heute für eine Angleichung der Löhne bei vergleichbaren Tätigkeiten. Nach 30 Jahren müsse endlich Schluss sein mit den Unterschieden. Aber auch die Lohngerechtigkeit bei Männern und Frauen liegt ihr am Herzen. Im Betriebsrat ist sie Ersatzmitglied. „Diese Ungerechtigkeit muss aufhören! Dafür ist es gut, in der Gewerkschaft zu sein. Früher hatte man da keine Wahl. Heute ist das wichtig, nur dazu überreden, kann man niemanden. Man gehört da rein oder eben nicht.“ Karola Schulze erzählt, dass das Leben in der DDR vielfach einfacher war. „Wir mussten uns nicht so viel um soziale Belange kümmern, alles hat funktioniert. Nervenstress und Existenzängste, wie ich sie in meinem Umfeld sehe, gab es nicht. Dafür leben wir heute in Freiheit. Aber für einen gewissen Wohlstand müssen wir schon sehr, sehr hart arbeiten.“

Die 53-Jährige weiß, dass ihre Enkelkinder vielleicht nicht mehr in den Kategorien Ost und West denken werden. Man solle aber in Erzählungen das Vergangene ruhig ab und zu wiederaufleben lassen, meint sie. So wie ihre Eltern ihr von der Zeit vor dem Mauerbau erzählt haben. Auf den eigenen Lebensweg blickt sie zufrieden: „Was soll ich sagen? Ich hatte das Beste aus zwei Welten!“ ◀

Zur Person

Karola Schulze, Jahrgang 1967, ist gelernte Köchin. Heute arbeitet sie bei der MEG Leißling Mineralbrunnen in Weißenfels (Sachsen-Anhalt).



**»Die Ungerechtigkeit
muss aufhören!«**

Karola Schulze,
MEG Leißling

Wir lassen nicht locker!

Foto: NGG



5. August 2020: Streik vor der Nordsee-Hauptverwaltung. Nach mehreren kurzen Protestaktionen war es der erste ganztägige in der Firmengeschichte der Fischrestaurantkette, gefolgt von einem weiteren am 18. August und einem viertägigen Streik Anfang September.

Während die Beschäftigten bei Danone im bayerischen Rosenheim in der ersten Septemberwoche mehrere Tage die Arbeit niederlegten, um angesichts der bevorstehenden Standortschließung bis Juli 2021 in einem Sozialplan bessere Abfindungen zu erkämpfen, forderten die Streikenden der Fischrestaurantkette Nordsee unter anderem mit einem viertägigen Streik endlich Klarheit, ob eine Standortverlagerung der Hauptverwaltung, etwa nach Hamburg, erfolgt oder nicht. Die

NGG-Region Bremen-Weser-Elbe fordert nicht nur Transparenz, sondern auch einen Sozialtarifvertrag, um die Belegschaft abzusichern. Moritz Steinberger: „Die Nordsee-Geschäftsführung muss sich nun zeitnah auf Verhandlungen einlassen, sich zu einem Standort bekennen und für die eigenen Leute Verantwortung übernehmen. Wenn sich Nordsee nicht bewegt, werden wir uns wieder bewegen! Wir lassen da nicht locker!“

jungeNGG-Mitglieder werben und Dankeschön sichern!

Alle Infos, alle Prämien:
www.ngg.net/werben2020

Aktionszeitraum 1. September – 31. Dezember 2020
Wirb junge Mitglieder (unter 28 Jahre) für unsere NGG und sichere Dir Deine Prämie. Achte darauf, dass Dein geworbenes Mitglied Dich als WerberIn auf dem Eintrittsformular angibt. Alle WerberInnen können ihre Prämien nach dem 31. Dezember auswählen und bekommen sie Anfang 2021 zugeschickt.

zum Beispiel ab vier
geworbenen Mitgliedern

Soft-Shell-Jacke
mit Logo

Kampf ums Überleben

► Die Coronavirus-Pandemie hat Hotels und Gaststätten, Bars und Diskotheken hart getroffen. Zwar sorgte die Lockerung der Schutzmaßnahmen vor allem in den Ferienregionen für ein Umsatzplus, doch sind die Verluste nicht mehr aufzuholen. Viele Betriebe und Beschäftigte stehen mit dem Rücken zur Wand.



Foto: Uwe Völkner / Fotoagentur FOX

Im Sommer waren Biergärten, Terrassen und Campingplätze mancherorts wieder gut gefüllt. Nicht immer beendeten die Arbeitgeber dann auch die Kurzarbeit. Wird beim Kurzarbeitergeld betrogen, drohen hohe Strafen.

Das Coronavirus hat das Gastgewerbe fest im Griff. Einer Umfrage zufolge kämpfen 60 Prozent der Betriebe ums Überleben. Mit dramatischen Folgen: 68.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Hotellerie und Gastronomie haben sich allein von April bis Juni 2020 arbeitslos gemeldet, 465.000 waren im Juli noch in Kurzarbeit. „Stadt- und Tagungshotels, kleine Restaurants und Bars sowie Caterer stehen mit dem Rücken zur Wand.“ Katastrophal sei auch die Stimmung bei den Diskotheken und Clubs, warnt der Branchenverband Dehoga.

Kurzarbeitergeld verlängert!

Wann sich die Situation in den gastronomischen Betrieben wieder „normalisiert“ kann niemand vorhersagen. Viele verzichten auf den Restaurantbesuch, unzählige Geschäftsreisen und Messen sind auf unbestimmte Zeit verschoben. Abstandsregeln dienen dem Gesundheitsschutz, dämpfen aber den Umsatz. Umso wichtiger, dass es gelungen ist, die Politik von der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes zu überzeugen. Dazu haben Tausende NGG-Mitglieder beigetragen: Mehr als 45.000 Menschen sind innerhalb von nur fünf Tagen einem Aufruf der Gewerkschaften NGG und ver.di gefolgt und haben einen Offenen Brief an die Bundesregierung unterzeichnet. Die Botschaft ist angekommen. Das für viele

so wichtige Kurzarbeitergeld wird auch im kommenden Jahr gezahlt – inklusive der beschlossenen Erhöhung von 60 auf 70 Prozent (67 und 77 bei Eltern) beziehungsweise auf 80 Prozent (87 bei Eltern).

Trennungsschmerz

Gleichzeitig zeigt sich ein heterogenes Bild. Während Bars und Diskotheken ihre Türen nicht öffnen können, profitieren Betriebe in touristischen Gegenden von der Angst vieler vor Reisen ins Ausland. Biergärten, Terrassen und Campingplätze waren mancherorts wieder gut gefüllt. Nicht immer beenden die Arbeitgeber dann auch die Kurzarbeit, sondern lassen die Beschäftigten voll arbeiten. Bleibt er unentdeckt, bekommt der Arbeitgeber bei diesem Betrug die Beiträge zur Sozialversicherung erstattet. Fliegt er auf, drohen zu Recht hohe Strafen. NGG-Referatsleiter Christoph Schink spricht von regelrechtem Trennungsschmerz mancher Arbeitgeber vom Kurzarbeitergeld: „Es geht nicht nur um Betrug, sondern auch um den Versuch, die neuen Regeln auszunutzen, soweit es geht. Denen, die selbst die Corona-Krise zum eigenen Vorteil nutzen wollen, steht eine Mehrzahl von Betrieben gegenüber, die Kurzarbeit dringend brauchen, um die Türen nicht für immer schließen zu müssen.“ ◀



Da dürfen getrost die Sektkorken knallen: Die Beschäftigten der Sektellerei Rotkäppchen in Freyburg, Sachsen-Anhalt, erhalten nach mehreren Streiks ein sattes Lohnplus: Bis Juli 2025 steigen die Löhne in Stufen um insgesamt 33,9 Prozent! Der Lohnunterschied zum hessischen Standort wird fast komplett abgebaut.

Gute Arbeitgeber gesucht

► Die Lebensmittelindustrie ist in den ostdeutschen Ländern eine der wichtigsten Branchen. Von Mecklenburg-Vorpommern im Norden bis Sachsen und Thüringen im Süden gehört sie zu den umsatzstarken. Doch von den großen Volkseigenen Betrieben (VEB) und Kombinatn der DDR mit ihren vielen Tausend Beschäftigten blieben nicht viele Arbeitsplätze übrig.

Die ersten Jahre nach der Vereinigung und vor allem der Währungsunion waren – bei aller Begeisterung – auch voller Enttäuschung. Die Bundesregierung meldete 1992: Von den 260.000 Beschäftigten in der DDR-Nahrungs- und Genussmittelindustrie hatten noch 75.000 einen Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote Ost lag bei zwölf Prozent, zwei Millionen Menschen waren in Kurzarbeit.*

Die Arbeitslosigkeit betraf Beschäftigte aller Branchen. Die Ostmarken waren nicht mehr gefragt und auch die Exportmärkte brachen weg. Das galt mit der Währungsumstellung auch für die ostdeutschen Lebensmittel. Die Regale waren in den noch existierenden Ost-Läden mit Westprodukten gefüllt und die altgewohnten Produkte wurden zu Ramschpreisen verschleudert. Die westdeutschen Handelsketten nahmen die Ostprodukte erst gar nicht auf.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie zählt heute bundesweit 620.000 Beschäftigte in 6200 Unternehmen der Branche. Im Osten sind es überwiegend unternehmergeführte Klein- und Mittelbetriebe. Weniger Geld und längere Arbeitszeiten als ihre Kollegen im Westen, das ist auch 30 Jahre nach der Einheit noch Alltag. Dennoch: Ein Blick in die einzelnen Bundesländer im Osten zeigt, dass die Ernährungsindustrie wirtschaftlich die vorderen Ränge belegt.

Die Lohnmauer bröckelt

Das Landeswirtschaftsministerium in **Mecklenburg-Vorpommern** meldet 88 Betriebe mit mehr als 50 Mitarbeitern, in denen 14.400 Menschen arbeiten. Und es gibt Erfolge für die Beschäftigten: Hier hat Continental Bakeries die Grabower Süßwaren aufgekauft. Eine Ostmarke,

Von den 260.000 Beschäftigten in der DDR-Nahrungs- und Genussmittelindustrie hatten 1992 noch 75.000 einen Arbeitsplatz.

die sich nicht nur bundesweit, sondern auch im Export durchgesetzt hat. In Grabow erhalten die rund 170 Beschäftigten mehr Geld, als es der Tarifvertrag der Süßwarenbranche vorsieht. Über Betriebsvereinbarungen und den Haustarif haben die Grabower hervorragende Arbeitsbedingungen geschaffen. Wenn die Flächentarifverträge nicht nachziehen, sagt Ulf Evers, der Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzende, sind die Beschäftigten der Grabower Süßwaren 2022 die bestbezahlten Arbeitnehmer der Süßwarenbranche bundesweit. Die guten Arbeitsbedingungen helfen im Übrigen bei der Stellenbesetzung. „Facharbeitermangel“, so Evers, kennen die Grabower nicht.

Die Mitteldeutsche Erfrischungsgetränke GmbH & Co KG. ist ursprünglich ein Ostunternehmen, das in Leißling (**Sachsen-Anhalt**) gegründet wurde. 20 Menschen arbeiteten 1990 dort, als erfolgreich reprivatisiert wurde. Sie bekamen bald Zuwachs: An sieben Standorten in Ost und West arbeiten heute rund 1500 Kollegen. Bis vor kurzem verdienten die Leißlinger Beschäftigten zwischen 700 bis 800 Euro monatlich weniger als ihre Westkollegen, sagt der zuständige Geschäftsführer der NGG-Region Leipzig-Halle-Dessau. Damit ist jetzt Schluss. Nach eindrucksvollen Streiks musste das Unternehmen einlenken: In Stufen steigen die Löhne bis 2025 um 30 Prozent.



Nicht nur im Supermarkt: Im Internet bieten einige Unternehmen ausschließlich Ostprodukte an.



Titel der „einigkeit“ im November 1991. Doch bis sich Ostmarken bundesweit durchsetzten, dauerte es noch einige Jahre.

Respekt gefordert

Volkmar Heinrich, Geschäftsführer der Region Dresden-Chemnitz, beklagt die fehlende Tarifbindung. Zudem habe das Land **Sachsen**, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, weder eine Regelung für Bildungsurlaub noch eine gesetzliche Vorgabe für eine Tarifbindung bei Aufträgen der öffentlichen Hand. „Doch Lohnunterschiede bis zu 1000 Euro monatlich „lassen sich die Menschen hier nicht mehr gefallen“. Gleichbehandlung ist nicht nur eine Frage des Respekts gegenüber der Arbeitsleistung der Beschäftigten, auch bei der Suche nach Fachkräften könnten die Unternehmen mit besseren Arbeitsbedingungen gewinnen.

Technisch gut gerüstet

Laut Statistischem Landesamt erwirtschafteten 370 Unternehmen der sächsischen Ernährungswirtschaft mit mehr als 21.000 Beschäftigten 2018 einen Umsatz von 6,2 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch 1500 Bäcker, Konditoren und Fleischer. Die geringe Tarifbindung der Ost-Unternehmen – die die Forderung nach gleicher Bezahlung wie im Westen erschwert – ist in Sachsen besonders ausgeprägt. In Sachsen zahlen nur 15 Prozent der Unternehmen nach Tarif: Schlusslicht aller ostdeutschen Länder. ▶



Nordhäuser Korn und Grabower Schaumküsse sind zwei der vielen Marken, die sich nach dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft am Markt behaupten konnten. Die beiden alten traditionsreichen Ostbetriebe gehören heute zu großen Konzernen.

► In **Thüringen** arbeiten 20.000 Menschen in 300 Betrieben, heißt es beim Ernährungsnetzwerk Thüringen. Die Branche sei die zweitstärkste im Land mit einer Exportquote von 20 Prozent. Auch hier dominieren die kleinen Unternehmen, die allerdings wie fast alle Ostbetriebe überwiegend in den 1990er Jahren entstanden und inzwischen – oft auch dank hoher Landes- und Europasubventionen – mit neuester Technik ausgestattet sind. Ein Wettbewerbsvorteil mit dem Nachteil, dass hier mehr Technik weniger Arbeitskräfte braucht.

Jens Löbel, Geschäftsführer der NGG-Region Thüringen, der 1990 als 18-Jähriger gerade in seiner Ausbildung zum Koch steckte, hat selbst erlebt, wie hart die alten Ostprodukte in den ersten Jahren um Marktanteile kämpften. Aus seiner Sicht änderte sich das erst um die Jahrtausendwende. Es sei eine Art „Ostalgie“ ausgebrochen und mit erhöhter Nachfrage nahmen auch die großen Handelsketten zunehmend die Ostmarken ins Sortiment. Der aktuelle Trend „kauft regional“ unterstützte das Geschäft.

In Thüringen haben mittlerweile viele Ostmarken den Sprung in die neue Wirtschaftswelt geschafft: Wie der Nordhäuser Doppelkorn, der bei Nordbrand produziert wird. Nordbrand gehört mit seinen 150 Beschäftigten heute zur Rotkäppchen-Mumm Sektellereien GmbH. Als VEB Nordbrand waren sie Europas größter Spirituosenhersteller mit 800 Mitarbeitern. Der „Nordhäuser Doppelkorn“ oder auch „Pfeffi“ bekamen eine Chance: 1991 stieg die westdeutsche Eckes AG ein und verlagerte ihre Westproduktion gleich nach Nordhausen.

Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Steven Oppenhäuser ist – wie die Belegschaft – stolz darauf, dass Nordbrand heute „der mengenmäßig größte Spirituosenanbieter in Deutschland ist“. Weniger zufrieden ist Oppenhäuser mit der Entlohnung, der 40-Stunden-Woche

und der zunehmenden Arbeitsverdichtung. „Im Vergleich mit anderen Unternehmen der Thüringer Ernährungsindustrie haben wir schon gute Löhne.“ Aber unverständlich sei, warum die Lohnlücke zu den anderen westdeutschen Standorten auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch nicht geschlossen sei, sondern „eher größer“ werde. Aber der Betriebsrat ist optimistisch: Ein erstes positives Signal ist eine Hauszulage, die allen Beschäftigten gezahlt wird. Er hofft, dass sich diese Entwicklung auch in den anstehenden Tarifverhandlungen niederschlägt. Vor allem, da von den „umfangreichen Sozialleistungen“ wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld oder Zuschüssen zur Pensionskasse bereits alle Standorte profitieren.

Gute Löhne sind die Ausnahmen

In Sachsen-Anhalt erreicht die Ernährungswirtschaft hinter der chemischen Industrie den zweiten Platz. Das Ernährungsnetzwerk meldet einen Umsatz von 7,9 Milliarden Euro. Damit lägen die Umsätze pro Betrieb und Mitarbeiter „deutlich über dem Bundesdurchschnitt“. Regionsgeschäftsführer Holger Willem beklagt jedoch, wie seine anderen Kollegen, dass man letztlich „die verlängerte Werkbank des Westens“ geblieben sei. Große Konzerne wie die der Zuckerindustrie oder auch Harry Brot seien die Ausnahmen. Sie bieten in Ost und West die gleichen Arbeitsbedingungen.

In den vielen kleinen erfolgreichen Unternehmen ist es für die NGG schwierig, Mitglieder zu gewinnen. Manche ältere Beschäftigte lehnen bis heute nicht selten die Mitgliedschaft ab, weil sie meinen, dass die Gewerkschaften zu Treuhand-Zeiten die Betriebsschließungen auch nicht verhindert hätten, hört Willem immer wieder als vorgeschobenes Argument. Einige von den Jüngeren „warten gerne mal darauf, dass sich andere engagieren und sie ja dann mitprofitieren“. Und wenn sich in einzelnen Betrieben die Menschen engagieren wollen, sorgten die Arbeitgeber da-

für, dass die Gründung eines Betriebsrats nicht immer leicht ist, sagt der NGG-Geschäftsführer.

Das „Cluster Ernährungswirtschaft“ des Landes **Brandenburg** spricht ebenfalls von einer bedeutenden Branche. Nach der Statistik aus dem Jahr 2014 arbeiten mehr als 57.000 Beschäftigte in rund 3400 Betrieben mit mehr als 20 Mitarbeitern. Allerdings wurden hier Teile der Landwirtschaft, Logistik und Handel mitgezählt.

In der Bundeshauptstadt schrumpfte die Branche seit 1990 stetig. In Berlin-Brandenburg, sagt NGG-Regiongeschäftsführer Sebastian Riesner, führten der Einigungsvertrag und das Treuhand-Regime „zur konsequenten Zerschlagung der Industriebetriebe in Ostberlin und Brandenburg“. Obwohl Ostberlin eine Hochburg der DDR-Fleischindustrie war. Was sich unter anderem gehalten hat: das Berliner Pilsner, das heute zur Berliner-Kindl-Schultheiss-Brauerei und damit zur Radeberger Gruppe gehört. Oder auch die Spreewaffel, die immer noch in einem Kleinstunternehmen in Berlin-Pankow produziert wird.

In Brandenburg fehlen zwar auch die Großbetriebe, aber viele Traditionsmarken halten sich erfolgreich am Markt: Ob die Gurken aus dem Spreewald oder auch Brandenbur-

ger Mineralwässer. Doch die Arbeitsbedingungen, sagen Riesner und sein Brandenburger Kollege Ingolf Fechner, sind teilweise „katastrophal“. „Viele Arbeitgeber lehnen jeden gewerkschaftlichen Kontakt ab, Ansätze zu Betriebsratswahlen werden weitgehend unterbunden. Dort ist dann die Bezahlung schlecht und liegt nicht selten knapp über dem Mindestlohn.“

Da ist die Eberswalder Wurst GmbH eher die Ausnahme. Das Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde hatte 1980, als die heutige Betriebsratsvorsitzende Steffi Kietzmann-Urbach ihre Ausbildung begann, rund 3000 Beschäftigte. Heute liegt die Stammebelegschaft bei 260, hinzu kommt noch einmal die gleiche Zahl an Leiharbeitern oder Beschäftigten mit Werkverträgen. Der frühere Vorzeigebetrieb wechselte zwischen 1990 und bis zur Insolvenz im Jahr 2000 mehrfach den Eigentümer. 2002 übernahm Eckhard Krone die beiden Firmen „EFG Eberswalder Fleisch GmbH“ und „EWG Eberswalder Wurst GmbH“. Aber, wer auch immer in Britz auf dem Chefsessel saß, „es gab immer einen Betriebsrat“ und der Organisationsgrad ist bis heute „gut“, sagt Steffi Kietzmann-Urbach. Es gibt einen Haustarif, der den Beschäftigten ein Einkommen sichert, „das zwischen Ost und West“ liege. ◀



Fotos: NGG; Tino Plunert

1990 kämpfen die Beschäftigten gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft NGG um ihre Arbeitsplätze in den Interhotels. In den zwei Häusern der Ibis-Kette in Dresden betreuen heute 70 Beschäftigte die Hotel- und Restaurantgäste.

Der Stolz der DDR: Bastei und Königstein

► Die wirtschaftlichen Umbrüche der Wiedervereinigung gingen auch an den Hotels und Gaststätten nicht spurlos vorüber. 1969 wurden in Dresden die drei Interhotels Bastei, Königstein und Lilienstein eröffnet. Es war damals der größte Hotelneubau der DDR.

In den Zehn-Geschossen arbeiteten rund 350 Beschäftigte. Sie betreuten überwiegend ausländische Gäste. Das Hotel Bastei war das Urlaubshotel für Gewerkschaftsmitglieder. 1992 übernahm die Hotel-

kette Ibis (Accor-Gruppe) die beiden Häuser Bastei und Königstein. Der heutige Betriebsratsvorsitzende Uwe Rodzinka gehört schon seit 29 Jahren zur Belegschaft. 70 Beschäftigte betreuen heute die Gäste in den 612 Zimmern. Er hat wechselnde Geschäftsführer erlebt und die Hochs und Tiefs der Hotelbranche, aber, freut er sich: „In den Jahren in denen ich Betriebsratsvorsitzender bin, gab es keine betriebsbedingten Kündigungen.“ Seine Devise: „Das Geschäft muss laufen, aber zur Zufriedenheit auf beiden Seiten.“ ◀

Herzlichen Dank für Eure Treue!

► In dieser Ausgabe gratulieren wir Mitgliedern, die im dritten Quartal der Jahre 1950 (vor 70 Jahren) und 1970 (vor 50 Jahren) in die Gewerkschaft NGG eingetreten sind. Wir sind dankbar und sehr stolz, dass uns so viele von Euch über Jahrzehnte ihr Vertrauen schenken. Haltet uns auch weiterhin die Treue!

Seit 75 Jahren Mitglied

Mannheim-Heidelberg: Werner Batzler

Pfalz: Alwin Schenk

Thüringen: Hella Freitag

Seit 70 Jahren Mitglied

Berlin-Brandenburg: Horst Fischer, Erika Pläging, Rudolf Rzepka

Bielefeld-Herford: Werner Pieper, Manfred Tiemann

Bünde-Lübbecke-Minden: August Schermeier

Dortmund: Erich Sundermeier

Dresden-Chemnitz: Manfred Ficker, Gerhard Richter

Hannover: Dieter Kawelke, Wilhelm Meyer

Hamburg-Elmshorn: Ursula Berger

Leipzig-Halle-Dessau: Rosemarie Krüger

Lüneburg: Harry Kastner

Magdeburg: Jutta Rosenplenter

Mannheim-Heidelberg: Ruth Hoffmann, Herbert Seitz

Mittelrhein: Cornelius Scheer

Nordrhein: Werner de Graaf

Rhein-Main: Heinrich Kusterer

Rosenheim-Oberbayern: Alois Horn

Saar: Kurt-Heinz Frisch

Stuttgart: Josef Schöner

Süd-Ost-Niedersachsen-Harz: Käthe Bergmann, Reinhold Herbst

Thüringen: Rolf Pinther

Trier: Hans Binsfeld

Ulm-Aalen-Göppingen: Erwin Karg

Unterfranken: Franz Baume, Irmgard Schadt, Horst Thamm

Seit 50 Jahren Mitglied

Allgäu: Fritz Schloissin, Anton Schurr

Baden-Württemberg Süd: Heidrun Fischer,

Harald Huonker, Ida Masi, Arno Richter,

Gerhard Richter, Klaus Sdrenka, Hildegard Troschke,

Marija Turk, Radmila Vasiljevic, Margarita Wick

Berlin-Brandenburg: Wolfgang Baatz, Waltraud Balow,

Manfred Böttcher, Olaf Fuhrmann, Jürgen Geese,

Peter Gehl, Sybille Hanisch, Gisela Imm,

Marlies Jung-Hagenow, Bärbel Krauke,

Tibor Krause, Karin Krebs, Manfred Kretschmer,

Heinfried Legde, Regina Lückfeldt-Gräßler,

Eberhard Oschmann, Ronald Reimers, Karin Riechers,

Petra Schwalbe, Horst Simon, Harald Stahlberg,

Edwin Ziem, Sabine Ziem

Bielefeld-Herford: Renate Budde, Else Klinksiek,

Hannelore Kramer, Andreas Wrona

Bremen-Weser-Elbe: Hermann Bohling, Ilse Bolte,

Doris Hanna Brack, Günter Reinhold, Artur Reiter,

Dieter Wille, Hans Zawidzki, Wolfgang Schumann

Bünde-Lübbecke-Minden: Manfred Ostermöller,

Eberhard Rathmann, Horst Röwekamp

Darmstadt & Mainz: Rudolf Wallerang

Dortmund: Wolfgang Altena, Renate Czezor,

Manfred Gorni, Manfred Hoyer, Beate Jansen,

Fritz Julke, Elke Kortmann, Detlef Krom, Udo Lohmann,

Jürgen Rodenbrügger, Michael Schulte, Rüdiger Wichert

Dresden-Chemnitz: Edith Barthel, Ingelore Bürger,

Martina Edel, Petra Fiedler, Erika Gebhardt,

Jürgen Hauck, Volker Heller, Dieter Klingauf,

Elvira Kotschmar, Sylvia Kunath, Roland Meier,

Dietmar Mittag, Veronika Mohlek, Christina Müller,

Monika Pester, Udo Seifert, Ulrike Varga,

Hans-Jürgen Voigt, Waltraut Weigt

Düsseldorf-Wuppertal: Jürgen Becker,

Josef Muenstermann, Sybilla Wachter, Gisela Weber

Hannover: Hilmar Dreilich, Waldemar Krause,

Dieter Paashaus

Hamburg-Elmshorn: Peter Lindloff, Manfred Schernikau
Köln: Anto Glavic
Krefeld-Neuss: Lothar Fischer, Wolfgang Nitsche
Leipzig-Halle-Dessau: Gerd Bode, Sieglinde Bösenberg, Petra Bräuer, Loritta Emmerich, Horst Fiebig, Dagmar Handschuh, Ingrid Müller, Eberhard Rosenkranz, Werner Schmidt, Lothar Zimmer
Lüneburg: Ferdinand Schechtel, Renate Van Tuijl
Magdeburg: Marianne Lühe, Gerhard Rojahn, Petra Schmidt
Mannheim-Heidelberg: Rudolf Albrecht, Ilse Dietz, Albine Heissler, Reinhold Wolf
Mecklenburg-Vorpommern: Jutta Braun, Hartwig Bruemmer, Ursula Goetze, Claus Huhndorf, Georg Nonnenmacher, Käte Voigt
Mittelbaden-Nordschwarzwald: Herbert Gartner, Dieter Grossmann
Mittelrhein: Hermann-Josef Kronimus
München: Franz Xaver Eder, Anna Hrudka, Franz Kern
Münsterland: Hans-Jürgen Braun
Niederbayern: Peter Thaler
Nord-Mittelhessen: Manfred Schmidt
Nordrhein: Kurt van Haaren, Genoveffa Pascucci
Nürnberg-Fürth: Johann Deigner, Dieter Dziaczko, Inge Müller, Peter Ronge, Günther Tröger, Ludwig Weißfloch
Oberfranken: Herbert Horn, Franz-Josef Lemke, Udo Marin, Peter Werner
Oberpfalz: Sonya Ettinger, Herbert Wasem
Oldenburg/Ostfriesland: Heinz Brunken-Wilking, Karin Füten, Dieter Kiewatt, Norbert Vernhalm
Osnabrück: Horst Kontzog, Helga Pelikan, Dieter Quast, Walter Tschauder, Edelgard Zander
Pfalz: Elisabeth Broers
Rhein-Main: Hans Werner Schleich, Willi Schultheis, Karl Schwab
Rosenheim-Oberbayern: Leni Aschenbrenner, Wilfried Feckl, Walter Martin, Karl Wurm
Ruhrgebiet: Hans-Gerd Henning, Theo Kurze, Peter Mendyka
Saar: Giuseppe Di Maria, Gisela Quint, Dieter Rennollet
Schwarzwald-Hochrhein: Friedrich Hug, Robert Riesterer
Schleswig-Holstein Nord: Klaus Jacobsen, Horst Städt
Stuttgart: Erika Grübel, Wilhelm Schlumberger



Foto: NGG

Vor 30 Jahren, am 3. Oktober 1990, mündete die friedliche Revolution in der DDR im Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland. Die Wiedervereinigung des über Jahrzehnte geteilten Deutschlands wird seither am 3. Oktober als „Tag der Deutschen Einheit“ begangen. Die gewerkschaftliche Einheit für die NGG-Branchen wurde am 20. November in Hannover auf einer Sondersitzung des NGG-Beirats beschlossen und am 1. Dezember 1990 vollzogen: „Willkommen in einer NGG für ganz Deutschland“, wie es auf dem Titelblatt der „einigkeit“ 12/1990 hieß.

Süd-Ost-Niedersachsen-Harz: Steffi Feige, Karin Herm, Gerhard Neddermeyer, Edeltraud Schmidt, Klaus Schulze, Jürgen Sedelmeyer
Südwestfalen: Detlef Brost, Willi Rymark
Thüringen: Edeltraud Apel, Ralf-Joachim Götz, Rosmarie König, Ingrid Krauss, Angelika Lopens, Brigitte Pelz, Claudia Pfendt, Horst Pulst, Erhard Puschner, Hannelore Rauber, Erna Schäfer, Peter Schlesier, Erika Schlicht, Klaus Schmidt, Anita Schönheit, Hans-Jörg Schramm, Peter Schwerdt, Christl Semmisch, Christel Thiele, Eva Wagner, Regina Weyrauch
Trier: Franz Josef Helmrich
Ulm-Aalen-Göppingen: Karl Gaessler, Heinz Höche, Sigmund Kowalczyk



Foto: Kai-Uwe Knott

Westlohn für alle, ist das Ziel von Jörg Dahms. Der Regionsgeschäftsführer will endlich Gleichbehandlung für die Menschen in Ost und West. Erfolge müssen hart erarbeitet werden – wie bei den Grabower Süßwaren oder im Bützower Dauermilchwerk.



Fünf Landesbezirke, 50 Regionen:
www.ngg.net/vorOrt

Auf einen Blick

Region Mecklenburg-Vorpommern
Mitglieder: ca. 4300
Fläche: ca. 22.233 km²
Lebensgefühl: „Dat geit.“

Mehr Betriebsräte braucht das Land

► Viel Fläche, viel Wasser, in dem dünn besiedelten Bundesland im Norden hat die Lebensmittelwirtschaft einen hohen Stellenwert. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Tourismus – es gibt also reichlich Arbeit für das NGG-Team in Mecklenburg-Vorpommern.

Sie sind ein Fünfer-Team, das von drei Standorten aus die derzeit rund 4300 NGG-Mitglieder betreut und ein großes Ziel hat: „Wir wollen jährlich mindestens zwei neue Betriebsräte gründen“, sagt der Regionsgeschäftsführer Jörg Dahms, der sein Büro in Neubrandenburg hat. Und das „schaffen wir nur mit viel Einsatz und der Unterstützung unserer Ehrenamtlichen“. Aber, auch das ist Dahms wichtig: „Wir überlassen nichts dem Zufall und machen strategische Erschließungsarbeit.“

„Wir lassen auch Konflikte zu“ und manchmal, meint Dahms, „wecken wir vielleicht Hoffnungen, die nicht kurzfristig erfüllt werden können.“ Nicht jeder habe ausreichend Geduld. Aber es gibt dann auch die hart erarbeiteten Erfolge wie bei den Grabower Süßwaren (siehe Seiten 22 bis 25). Und auch bei der Almil AG Bützower Dauermilchwerk hat die NGG es jetzt geschafft. Seit 2015 waren sie in Bützow aktiv. 2018 wurde der Betriebsrat gegründet. Der Betriebsratsvorsitzende Mario Maiss ist stolz,

dass die Belegschaft jetzt wenigstens einen Ecklohn von 15 statt vorher zehn Euro erhält. Der Tariflohn Ost liegt bei 18 Euro. „Das ist unser Ziel für die nächste Tarifrunde“, betont Maiss, der sich allerdings derzeit auch noch vor Gericht mit der Firmenleitung trifft. Ihm wurde schon mehrfach gekündigt, einen Prozess hat er gewonnen, der nächste steht bevor und derzeit ist er „widerruflich freigestellt“.

Mitglieder treffen

In Rostock sitzt Annett Rossa-Koslowski, deren Arbeitsschwerpunkt das Gastgewerbe ist. Unterstützt wird sie von den Verwaltungsangestellten Maren Graulich und Jana Wullweber, die für funktionierende Büros in Neubrandenburg und Schwerin sorgen. Denn auf ihrem Bürostuhl sind die Gewerk-

schaftssekretäre selten anzutreffen. „Wir müssen den Leuten entgegenfahren“, wissen sie. Mitgliederversammlungen sind die beste Möglichkeit, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, ist ihre Erfahrung. Am besten klappt es mit betrieblichen Mitgliedertreffen. Außerdem haben sie ein gut funktionierendes Team mit Betriebsräten aller Branchen aufgebaut, die den Mitgliedern und potentiellen künftigen Betriebsräten aus ihrer Praxis berichten können. Das hilft auch im schwer zu organisierenden Bereich der Hotels und Gaststätten. Dort ist der Organisationsgrad niedrig, aber bei den letzten Tarifverhandlungen hat die NGG dennoch 28 Prozent Tariferhöhung durchgesetzt.

Rund 56.000 Menschen sind in der Branche festangestellt. Insgesamt bestreiten >



Foto: Kai-Uwe Knoth

„Viele Beschäftigte wissen gar nicht, welche Macht sie tatsächlich haben.“

Annett Rossa-Koslowski,
Gewerkschaftssekretärin



Foto: NGG

Mit ihrem ersten Warnstreik im November 2019 sorgten die Beschäftigten der Almil AG Bützower Dauermilchwerk (Landkreis Rostock) für Druck auf den Arbeitgeber. Im März 2020 stand fest: Es gibt mehr Geld. Der Ecklohn steigt von zehn auf 15 Euro.

► in dem Bundesland rund 140.000 Menschen ihr Einkommen mit dem Tourismus. „Aber wenn wir zum Beispiel in der Berufsschule einen Warnstreik vorschlagen, schauen uns die Auszubildenden irritiert an“, sagt Annett Rossa-Koslowski. Da hilft dann oft das Konzept, die Betriebsräte anderer Branchen von den eigenen Erfahrungen berichten zu lassen.

„Viele Beschäftigte wissen gar nicht, welche Macht sie tatsächlich haben“, betont die 49-Jährige, die aus der Hotelbranche kommt und Betriebsrätin war. Aktuell ist sie dabei, im Maritim Hotel Kaiserhof auf der Insel Usedom die Gründung eines Betriebsrats zu unterstützen. Aber wer wann und wo aktiv wird, hängt davon ab, wer den ersten Kontakt und die Zeit für den Einsatz hat.

Probleme erkennen und lösen

Unterstützt werden sie dabei von den Ehrenamtlichen der Region. Für den Regionsvorsitzenden Marcus Grabbert, selbst Betriebsratsvorsitzender beim Deutschen Milchkontor (DMK) am Standort Altentrepow, ist Dahms ein „Treiber und Impulsgeber“, der aber auch „immer ansprechbar ist“. Einer der Erfolge für Grabbert: „Gemeinsam konnten wir den Flächentarifvertrag Milchindustrie Ost stärken.“

Derzeit kümmern sie sich intensiv um die Hotels und Gaststätten. Für Grabbert mit seiner Industrieerfahrung eine andere Welt. Die Beschäftigtenzahl in den einzelnen Betrieben ist klein, die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen sind meistens schlecht, und – so Grabbert – sie denken an ihre Gäs-

te und den Umsatz, „aber an sich selbst zuletzt“. Das Netzwerk aus Ehrenamtlichen und Regionsführung will die Mitarbeiter „aufrütteln“: „Wir versuchen herauszufinden, wo die Probleme liegen und wie wir sie am besten lösen können.“

Denn: Mehr Betriebsräte braucht das Land, um endlich in den Unternehmen die finanzielle Angleichung an die Westlöhne durchzusetzen. Der Einkommensunterschied ist „diskriminierend“, sagt Dahms und beklagt sich über die Haltung der Arbeitgeber. Besonders gut ist ihm der Satz eines Arbeitgeberfunktionärs in Erinnerung, der feststellte: Mecklenburg-Vorpommern sei ein Billiglohnland und werde es immer bleiben. Dabei, so Dahms, „machen die Ostlöhne auf Dauer auch die Westlöhne kaputt“.



Foto: Kai-Uwe Knoth

Ein seltenes Zusammentreffen an einem Ort: Das komplette Mecklenburg-Vorpommern-Team aus drei Büros: Maren Graulich, Gregor Best, Annett Rossa-Koslowski, Jörg Dahms und Jana Wullweber (von links).



Foto: privat

„Wir versuchen herauszufinden, wo die Probleme liegen und wie wir sie lösen können.“

Marcus Grabbert,
Regionsvorsitzender

Lohnunterschiede müssen weg

Der Lohnunterschied ist das große Problem der Beschäftigten. Die Mauer in den Köpfen werde solange stehen bleiben, bis sie sich nicht mehr als Arbeiter zweiter Klasse sehen, ist sich das NGG-Team sicher. „Es ist kaum nachvollziehbar, dass der Geburtsort über das Einkommen von Menschen entscheidet“, klagt Dahms. Und dies sei bis heute so, weiß Gregor Best, der im Schweriner Büro als Gewerkschaftssekretär arbeitet. So bekomme beispielsweise ein Mainzer, der sich bei Nestlé in Schwerin bewirbt, den Westlohn – im Gegensatz zu seinen Kollegen aus dem Osten. „Das macht doch was mit den Menschen hier“, sagt er.

Gregor Best, in Baden-Württemberg geboren, stellt für das beliebte Urlaubsland fest: „Eine Wellness-Region ist das hier für uns nicht“, dafür gibt es zu viele Probleme, die noch gelöst werden müssen. Und die Politik, das weiß das ganze Team, ist selten hilfreich, sie verweise gern auf die Verantwortung der Sozialpartnerschaft. Immerhin gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nur

dann wirtschaftliche Landeshilfen für Betriebe, wenn sie tarifgebunden sind.

Während das Trio unterwegs ist, halten Maren Graulich in Neubrandenburg und Jana Wullweber in Schwerin die Büros am Laufen. „Das ist schon manchmal eine Herausforderung“. Mit ihren Arbeitsplätzen in zwei Städten können sie sich nicht direkt gegenseitig vertreten, höchstens die Telefondienste übernehmen. Ansonsten sorgen sie dafür, dass Anfragen schnell beantwortet und Kontakte organisiert werden. Denn es sind nicht nur die Mitglieder aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich melden. Der Brandenburger Landkreis Prignitz gehört auch noch zur NGG-Region. ◀



Foto: Kai-Uwe Knoth

Jana Wullweber

FRISCHE REZEPTE AUS DER REGION

Mecklenburger Rippenbraten

Empfohlen von Jana Wullweber

Zutaten:

- 1,5 kg Schweinefleisch (Rippenstück)
- 200 g Backpflaumen
- 2 säuerliche Äpfel
- 1 TL Salz
- etwas Butter

Zubereitung:

Das Rippenstück waschen, abtropfen lassen und mit Salz einreiben. Am Knochen entlang eine Tasche in das Fleisch schneiden. Äpfel schälen, Kerngehäuse entfernen und je nach Größe in Viertel oder Achtel schneiden. Das Rippenstück mit den Backpflaumen und Äpfeln füllen und die Tasche mit Zahnstochern verschließen. Die Butter in eine Auflaufform geben und im Backofen heiß werden lassen, das Rippenstück dazugeben und in der Butter 1,5 bis 2 Stunden bei 180 bis 200 Grad goldgelb braten.

Dazu essen wir Klöße und Rotkohl oder Salzkartoffeln und Bohnen.

Guten Appetit!



Anzeige



Seminare 2021

ab sofort im Internet
unter:

www.bzo.de

Mit allen Seminaren
für neugewählte
und erfahrene Betriebs-
ratsmitglieder

Bildungszentrum Oberjosbach
info@bzo.de • www.bzo.de
Telefon 06127 9056-0



Bildungspartner der Gewerkschaft
Nahrung-Genuss-Gaststätten



Sieg der Solidarität

► Ein Sieg der Mitbestimmung und Solidarität und eine Niederlage für den Kölner Wursthersteller Egetürk: Gericht erklärt mehrere fristlose Kündigungen gegen die Betriebsratsvorsitzende Gülden Ibakara für unwirksam.

„Mit den im März und im Mai ausgesprochenen Kündigungen hat der Arbeitgeber versucht, eine engagierte Betriebsrätin loszuwerden. Das ist ihm nicht gelungen und wir freuen uns, dass das Arbeitsgericht Köln die haltlosen Kündigungen vom Tisch gewischt hat und Egetürk unser Mitglied Gülden wiedereinstellen muss“, so Manja Wiesner, Geschäftsführerin der NGG-Region Köln. Die Vorwürfe, die Betriebsrätin habe als Mitglied des Wahlvorstandes die Betriebsratswahl 2018 zu Ihren Gunsten manipuliert, seien haltlos und konstruiert. Mehr als zwei Jahre nach Verstreichen der gesetzlichen Wahlanfechtungsfrist versuche Egetürk, eine engagierte Betriebsrätin mit fadenscheinigen Gründen aus dem Betrieb zu drängen. Mit seinem Urteil vom 4. September habe das Gericht klargestellt, dass die fristlosen Kündigungen in keiner Weise gerechtfertigt seien.

Der Konflikt hatte sich bereits seit dem vergangenen Jahr zugespitzt, nachdem die NGG Egetürk zu Verhandlungen über einen Entgelttarifvertrag aufgerufen hatte und die Beschäftigten zweimal gestreikt hatten. Das Unternehmen verweigert Tarifverhandlungen über Lohnerhöhungen, gibt diese „freiwillig“ und kann sie damit widerrufen. Die Forderung des Betriebsrats nach einer neuen Arbeitszeitregelung ist bisher ebenfalls nicht erfüllt.

Seitdem die NGG die Kündigungen der Betriebsratsvorsitzenden im März öffentlich gemacht hatte, hatten mehr als 1100 Menschen deren Rücknahme und die ungehinderte Ausübung der Betriebsratsarbeit gefordert. ◀



Foto: NGG

NGG-Solidaritätskundgebung vor dem Arbeitsgericht Köln: Nun muss Egetürk die kämpferische Betriebsrätin wieder einstellen.

Vorlesen – Nachlesen – Weiterlesen

Der Vorleser – seit 1865



Trotzdem Schaffen



Nicht für alle lief die Wiedervereinigung schmerzlos ab. Manche blieben zurück in dem, was sie seit Jahrzehnten kannten und plötzlich Vergangenheit geworden war. Daniela Kriens neu aufgelegte Erzählungen berichten vom Scheitern und Es-trotzdem-Schaffen.

Daniela Krien, *Muldental*, 240 Seiten, 22 Euro, ISBN 978-3-257-07094-1

Ost-West-Schweinchen



In der Wolliner Straße 45 auf der Westseite der Mauer lebt Nora. In der Wolliner Straße 54 im Osten wohnt Aron: Beide werden unverhofft zu Rettern von Bommel, einem Rosettenmeerschweinchen. Ein Wendehörbuch aus dem Berlin der 1980er Jahre für diejenigen, die schon immer ohne Mauer aufwachsen.

Katja Ludwig, *Das Mauerschweinchen*, 2 CDs, ab 11,59 Euro, ISBN 978-3-8371-4602-8

Lebenserinnerungen



94 Jahre alt! Unser NGG-Mitglied Rudi Waizenegger, ehemaliger Verkaufsleiter und Betriebsratsvorsitzender bei Schwaben Bräu in Stuttgart, hat viel zu erzählen: über seine Jugend, seine Erlebnisse als ehrenamtlicher Richter, seinen Einsatz für die NGG oder als aktiver Fußballer und vor allem als „Sportpionier“. Seine Lebenserinnerungen kommen unterhaltsam und vergnüglich daher, immer mit einem Augenzwinkern.

Rudi Waizenegger, *Bubi Jugend Uropa*, Books on Demand, 198 Seiten, 12,99 Euro, ISBN 978-3-7448-3344-8

f Euer Feedback

Kommentare auf [facebook.com/gewerkschaftngg](https://www.facebook.com/gewerkschaftngg) zur erfolgreichen Online-Petition für eine Verlängerung des Kurzarbeitergelds bis Ende 2021. An der Petition von [ver.di](https://www.ver.di) und NGG haben in fünf Tagen mehr als 45.000 Menschen teilgenommen.

Hoffe, die oder der andere Teilnehmer sind oder werden NGG-Beitragszahler. Gratulation.

Karl-Heinz Ritsche

Das Kurzarbeitergeld nicht nur verlängern, sondern auch erhöhen!

Kathi Witte

Die Verlängerung ist richtig, aber man sollte auch eine Prüfung machen, ob das Unternehmen eigentlich KUG benötigt oder dies einfach nur beantragt. Es wird viel Schindluder getrieben.

Andreas Mäx Clemens

Ich würde zwar echt gerne wieder arbeiten, aber das ist jetzt trotzdem eine kleine Beruhigung.

Catrin Morina



Ihr habt Fragen, Anregungen oder Kritik?
Dann schreibt uns: redaktion@ngg.net

Diskutiert mit uns online:

www.facebook.com/gewerkschaftNGG

www.twitter.com/gewerkschaftNGG

www.instagram.com/gewerkschaftNGG

***... ist das Symbol der NGG. Er geht auf die Zigarrenmacher im 19. Jahrhundert zurück. Da ihre Arbeit monoton und leise war, las einer ihrer Kollegen aus Romanen, Zeitungen und politischen Schriften vor. Schließlich schlossen die Zigarrenmacher sich zum Vorläuferverband der NGG, der ältesten deutschen Gewerkschaft, zusammen.**

Steuernachzahlungen möglich

► Aufgrund der Coronavirus-Pandemie erhalten viele Beschäftigte in diesem Jahr Kurzarbeitergeld (KUG). Laut Einkommensteuergesetz ist das KUG steuer- und sozialversicherungsfrei. Aber Achtung: Dennoch kann es sein, dass im Folgejahr Steuern nachzuzahlen sind.



Das liegt daran, dass das Kurzarbeitergeld dem „Progressionsvorbehalt“ unterliegt. Das kann zu einem höheren Steuersatz führen. In jedem Fall müssen Bezieherinnen und Bezieher von KUG im nächsten Jahr eine Einkommenssteuererklärung für 2020 abgeben. Für Ehegatten lohnt es sich eventuell, sich getrennt steuerlich veranlagern zu lassen. Wichtig ist auch, dass Zu-

schüsse des Arbeitgebers zum KUG, wie sie in einigen Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen geregelt wurden, steuer- und zum Teil sozialversicherungspflichtig sind. Wer im nächsten Jahr unliebsame Überraschungen vermeiden will, sollte sich schon jetzt steuerlich beraten lassen. ◀

Beschäftigte schützen!

► Wie können Infektionen mit dem Corona-Virus am Arbeitsplatz wirksam verhindert werden? Mit dieser Frage haben sich Expertinnen und Experten, Behörden, Arbeitgeber und nicht zuletzt auch Gewerkschaften und Betriebsräte in den vergangenen Monaten ausführlich beschäftigt.

Im August hat die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin endlich eine verbindliche Arbeitsschutzregel veröffentlicht, die auch auf Druck und unter Beteiligung der Gewerkschaften in den staatlichen Arbeitsschutzausschüssen erarbeitet wurde. Die Arbeitgeber haben nun die Verpflichtung, die jeweiligen Maßnahmen zum Infektionsschutz im Betrieb umzusetzen und auch

die Betriebsräte können die Umsetzung besser kontrollieren. Die Regelungen der Mitbestimmung bleiben für die Betriebsräte selbstverständlich bestehen. ◀

Mehr Informationen online

ngg.net/arbeitschutz



Ausblick

► Während der Coronavirus-Pandemie ist der Klimaschutz etwas aus dem Blick geraten. Deshalb rückt die kommende Ausgabe der „einigkeit“ die Frage der Nachhaltigkeit in der Lebensmittelindustrie in den Mittelpunkt. Von EEG-Umlage bis CO₂-Abdruck werden die Begrifflichkeiten und ihre Auswirkungen auf die Unternehmen beleuchtet. Wir erläutern, warum Mineralwasser nicht nur für den Durst gut ist und wie umweltfreundlich Verpackungen sein können.

Flocken und Müsli liegen im Trend. In unserem nächsten Branchenthema berichten wir aus der Mühlenindustrie. Der Industriezweig ist im Wandel: Gab es 1950 in Deutschland noch fast 19.000 Mühlen, waren es 1980 gut 2500. Heute sind es 550.

Dazu mehr aus den Regionen, den Bereichen Gleichstellung und jungeNGG sowie natürlich die neuesten Meldungen aus den Betrieben. ◀

Impressum

Herausgeber

Hauptvorstand der Gewerkschaft
Nahrung-Genuss-Gaststätten
Haubachstraße 76, 22765 Hamburg
Telefon (040) 380130
redaktion@ngg.net

Redaktion

Dr. Karin Vladimirov (V.i.S.d.P.),
Gabriele Becker, Jonas Bohl,
Birgit Böhret, Silvia Tewes,
Uwe Völkner

Redaktionsschluss

10. September 2020

Gestaltung und Satz

Malena Bartel
Andrea Birr, hofAtelier

Druck

QUBUS media GmbH

Der Verkaufspreis ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.



Laden im
App Store



GET IT ON
Google Play

Na, liest Du doppelt?

Du hast Dir die „einigkeit-App“ heruntergeladen und bekommst die „einigkeit“ trotzdem weiterhin per Post? Hilf mit, die Umwelt zu schonen, und lass' uns wissen, wenn Du künftig auf den Postversand verzichtest: redaktion@ngg.net